

mit nein. Doch dann behauptete er, entgegen dem Verlauf der Präsidiumssitzung: „Darüber haben wir nicht gesprochen.“

Rau enttäuscht: „Das habe ich ihm geglaubt.“

So wächst denn in der SPD die Bereitschaft, in offiziellen Bekenntnissen eine Zukunft der Koalition zu beschwören, zugleich aber darüber nachzudenken, wie das Bündnis zu Ende gehen könnte. Modelle werden gehandelt.

In der Umgebung des SPD-Vorsitzenden werden Parallelen zum Jahre 1966 gezogen, als die FDP ihre vier Minister zurückzog, nachdem die liberale Fraktion einen mit Kanzler Ludwig Erhard ausgehandelten Kompromiß zu Steuererhöhungen abgelehnt hatte. Nach einer vier Wochen dauernden Minderheitsregierung Erhard einigten sich Union und SPD auf ein neues Bündnis.

Helmut Schmidt, ein Verlierer wie Ludwig Erhard 1962?

Bremens Hans Koschnick favorisierte im kleinen Kreis die Lösung des Jahres 1972. Damals hatte Willy Brandt den Weg zu Neuwahlen freigemacht, indem er die Vertrauensfrage stellte und die Minister sich im Bundestag nicht an der Abstimmung beteiligten. Sollte es soweit kommen, müßte nach Ansicht Koschnicks das Bruchthema der Koalition allerdings „sozialdemokratisch mehrheitsfähig und für die Gewerkschaften konsensfähig“ sein.

Helmut Schmidt, ein Sieger wie Willy Brandt 1972?

Perspektivdenker Egon Bahr steuerte eine dritte Variante bei. Selbst wenn die Hessenwahl verlorenginge und die FDP aus dem Wiesbadener Landtag fliege, könne die Holperstrecke durch einen sozialliberalen Wahlsieg am 13. März nächsten Jahres bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein überwunden werden, wenn am gleichen Tage die rheinland-pfälzischen Freidemokraten wieder ins Mainzer Parlament gewählt würden.

Und obendrein, so Bahrs Empfehlung, solle der Hamburger Wahlverlierer Klaus von Dohnanyi versuchen, an diesem Tag Neuwahlen in Hamburg zu gewinnen – als Bürgermeister einer neuen sozialliberalen Koalition.

Alle Landspiele und taktischen Überlegungen hängen vom Verhalten des Kanzlers ab. Wirft er nicht freiwillig hin, hat Genscher es schwer – wie bisher.

Dem Kanzler Empfehlungen für die eine oder andere Entscheidung zu geben, verknäueln sich die Genossen aus gutem Grund: Keiner will sich dem historischen Vorwurf oder Verdacht aussetzen, den Kanzler zum Machtverzicht getrieben zu haben.

Koschnick: „Bitte kein Schwarzer-Peter-Spiel. Wenn er meint, eine Entscheidung sei reif, dann muß er es machen.“

Brandt: „Wenn er zu einem Ergebnis gekommen ist, wird ihn die SPD nicht allein lassen.“

Haushalt '83: Genug Stoff für Kräche

SPD und FDP sind sich über die Schuldenhöhe uneins

Die Liberalen konnten mit dem neuen Finanzminister zufrieden sein. Bis Mitternacht hörten sie sich am Dienstag voriger Woche, beim Koalitionstreffen im Kanzleramt, Manfred Lahnsteins Sparvorschläge für den Haushalt 1983 an. Ganz im Sinne alter FDP-Forderungen sollen „gesetzliche Eingriffe im Schwergewicht Rentner, Kranke und Arbeitslose treffen“.

Der FDP-Abgeordnete und Haushaltsexperte Klaus Gärtner lobte hinterher den Neuen. „Lahnstein ist schon zu Beginn seiner Amtszeit so weit wie sein Vorgänger Matthöfer am Ende.“

ken (über zwei Milliarden) lassen den zusätzlichen Finanzbedarf auf mehr als 18 Milliarden Mark hochschnellen.

Von dem 18-Milliarden-Minus bleiben nach einem erneuten deftigen Gewinn der Bundesbank mindestens elf Milliarden Mark, die eingespart werden müssen. Rund sechs Milliarden will Lahnstein dadurch rausholen, daß die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit in Zukunft geringere Beiträge für die Arbeitslosen an die Renten- und Krankenversicherung überweist; zwei Milliarden will er durch Kürzungen in den Einzeletats und durch Subventionsabbau gewinnen.



Finanzminister Lahnstein: Die Partner belauern sich weiter

Ob Lahnsteins Entgegenkommen allerdings reicht, die Koalition über den Sommer zu retten, steht dahin. Die Partner belauern sich, mißtrauischer denn je.

Die Sozialdemokraten wissen nur zu gut, daß der Haushalt '83 den Freidemokraten genügend Vorwände für einen Ausstieg liefert. Die Finanznot des nächsten Jahres ist nicht geringer als die im laufenden Haushaltsjahr. Und die Geldklemme beim Haushalt '82 hat immerhin das Sommertheater 1981 ausgelöst, jene Genscher/Lambsdorff-Inszenierung, die fast zum Bruch der Koalition geführt hätte.

Allein als Ausgleich für geringere Steuereinnahmen und für die Kosten der Beschäftigungsinitiative benötigt Lahnstein rund elf Milliarden Mark mehr als geplant. Arbeitslose (fünf Milliarden), Zinszahlungen und andere Haushaltsrisi-

Den Rest, zwischen drei und vier Milliarden Mark, soll Bonn nach Lahnsteins Vorstellungen pumpen, zusätzlich zur geplanten Nettokreditaufnahme von 26 Milliarden Mark.

So sehr es der FDP auch gefällt, daß der SPD-Finanzminister die Arbeitslosen schröpfen will – seine Absicht, weitere vier Milliarden Schulden zu machen, könnte doch noch den von manchen Freidemokraten gesuchten Anlaß für einen Koalitionskrach liefern.

Es sei schon fast unerträglich, beschwerte sich am Dienstagnachmittag in einer FDP-Fraktionssitzung der Wirtschaftsexperte Hans Gattermann, wenn der Sieben-Milliarden-Nachtrag für dieses Jahr, der diesen Mittwoch vom Kabinett beschlossen werden soll, voll über den Kapitalmarkt finanziert würde. Er und andere Freidemokraten im Bundes-

tag könnten einem Sanierungskonzept für das nächste Jahr nur zustimmen, wenn die Kreditaufnahme nahe beim geplanten Betrag von 26 Milliarden bliebe. Lahnsteins vier Milliarden, so das Verhandlungsziel der Freidemokraten für diese Woche, sollen weg. Aber wie?

Die meisten Einschnitte, vor allem die in die Steuergesetze, gab FDP-Fraktionschef Hans-Günter Hoppe beim Koalitionstreffen zu bedenken, seien nur mit Zustimmung der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat zu machen. Mit ausgewählten Positionen, wie von Lahnstein vorgeschlagen, käme die Koalition dort sicher in Schwierigkeiten.

Da sei es doch vernünftiger, gaben die Freidemokraten zu bedenken, wie von den Christdemokraten gefordert einen gleichmäßigen Abbau aller Steuerprivilegien und Subventionen zu beschließen. Hoppe im Koalitionsgespräch: „Wenn die sich so weit engagieren, dann sollten wir sie beim Wort nehmen.“

Der Finanzminister wurde beauftragt, bis zum nächsten Treffen am Mittwoch dieser Woche jede Steuervergünstigung daraufhin zu prüfen, ob sie um fünf Prozent, jede Finanzhilfe, ob sie um zehn Prozent zu kürzen ist.

Was wie ein selbstloses, elegantes Angebot der Freidemokraten erscheint, dürfte für die Sozialdemokraten kaum annehmbar sein.

Wenn schon Rentner, Kranke und Arbeitslose die Hauptlast trügen, so schrieb Lahnstein in seine Vorlage, dann müsse „auf der steuerlichen Seite ein soziales Gegengewicht“ gebildet werden. Mit dem Abbau von zehn ausgewählten Steuervergünstigungen will der sozialdemokratische Finanzminister das Versprechen einlösen, auch die Betuchten zur Etatsanierung heranzuziehen.

So will Lahnstein unter anderem

- ▷ über eine erweiterte Auskunftspflicht der Banken an die meist unversteuerten Zinserträge heran;
- ▷ den Freiberuflern ihren Steuerfreibetrag nehmen;
- ▷ die Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten beseitigen;
- ▷ den Freibetrag für Land- und Forstwirte halbieren;
- ▷ den multinationalen Unternehmen höhere Steuern abnehmen;
- ▷ den pensionsberechtigten Beamten die Vorsorgepauschale streichen;
- ▷ den Steuervorteil des Ehegattensplittings einschränken.

All dies bringt für 1983 allenfalls eine Milliarde, läßt aber bei Sozialdemokraten den Schein von sozialer Ausgewogenheit aufkommen.

Folgt die Koalition der Empfehlung des Freidemokraten Hoppe, linear zu kürzen, wäre dieser Effekt dahin. Dann ist wieder die SPD-Klientel dran: Der Arbeitnehmerfreibetrag, der Zuschuß zum Kantinenessen oder der Weihnachtsfreibetrag würden schrumpfen.

Die Regierung sollte sich nicht noch einmal, riet Bundeskanzler Helmut Schmidt der Koalitionsrunde am vorigen Dienstag, auf eine „magische Kreditmarke“ festlegen. Der Kanzler hat das Beispiel dieses Jahres vor Augen: 26 Milliarden sollten nicht überschritten werden, und jetzt sind es zusammen mit dem Nachtragshaushalt rund 34 Milliarden Mark.

Die Freidemokraten denken da anders. Wenn es Krach gibt um den Haushalt '83, so rechnen die Beteiligten, dann wird es ein Streit um das Defizit sein. Mit dem Reizwort Staatsverschuldung ließe sich der Ausstieg aus der Koalition werbewirksam verkaufen.

Streichliste des Finanzministers

Manfred Lahnstein will im Haushalt '83 zahlreiche Finanzhilfen kürzen. Bei 24 Einzelpositionen hat der Finanzminister Kürzungen von 1,27 Milliarden Mark vorgesehen. Der vergleichsweise bescheidene Einstieg gewinnt in den folgenden Jahren zunehmend an Bedeutung, da bei den vorgesehenen Posten dann weiter gekürzt werden soll. Die wichtigsten Positionen aus Lahnsteins vertraulicher Liste:

- ▷ Der Bundeszuschuß zur Altersversorgung der Landwirte wird um 275 Millionen Mark gekürzt.
- ▷ Bei der Gas-Öl-Verbilligung der Landwirtschaft werden von 1984 an 180 Millionen eingespart.
- ▷ Die Förderung des Luftreiseverkehrs mit Berlin wird bis 1986 stufenweise beseitigt. Einsparung 1983: 23 Millionen.

- ▷ Der Zuschuß für die Öl-Explorationsgesellschaft *Deminex* wird auf 100 Millionen pro Jahr begrenzt (Einsparung 1983: 50 Millionen).
- ▷ Bei der Kohleveredelung wird nur noch ein Projekt gefördert (statt 100 noch 40 Millionen Zuschuß).
- ▷ Die Subventionen der Kohle von insgesamt 282 Millionen werden um 77 Millionen gekürzt.
- ▷ 59 Millionen zur Subventionierung der Gaswirtschaft werden gestrichen.
- ▷ Das Anschlußprogramm „Heizenergiesparende Maßnahmen“ entfällt (Ersparnis 1983: 60 Millionen).
- ▷ Dem Bundesminister für Forschung und Technologie werden 150 Millionen für Projektförderung gestrichen.



Malteserkreuz
Aquavit.
Der Eiskalte
mit dem starken
Charakter.